

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

18.10.1927 (No. 242)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Preisproben:
 Nr. 953
 und 954
 Postcheckkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. Mend,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederkäufen tarifierter Rabatt, der als Kasseraabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung, und bei Inkassofehlern fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschaltung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Auf Umwegen zum Einheitsstaat?

Von geschähter Seite wird uns geschrieben:
 Ein weder vom staatspolitischen und wirtschaftlichen, noch von historischen und soziologischen Gesichtspunkten zu verhebender Zentralismus bemüht sich seit Jahren, die in der Weimarer Verfassung verankerten kühnen Reste der staatlichen Selbständigkeit der Länder zu beseitigen. In den Ländern hat man die Gefährlichkeit solcher Bestrebungen alsbald erkannt, und an ihrer entschiedenen Abwehr sind bisher die zentralistischen Bestrebungen gescheitert. Das Resultat jahrelanger Kämpfe in der Öffentlichkeit, in den Parlamenten und in der Presse, wie hinter den Kulissen ist für die Zentralisten die Erkenntnis, daß der zentralisierte Einheitsstaat, wie sie ihn herbeiführen, mit Gewalt oder auf dem Wege einer Verfassungsänderung nicht zu erreichen ist. Die Verfassung garantiert den Ländern ihren Bestand als solche ausdrücklich, eine Tatsache, die sich durch keinen noch so spitzfindigen Kommentar hinwegdiskutieren läßt.
 Zu der gleichen Zeit aber, wo man aus dem Munde von Zentralisten Erklärungen hört, man dürfe „keine Gewalt den Ländern gegenüber“ anwenden, sondern die Reichsgliederungsfrage müsse „der Entwicklung überlassen“ werden, man müsse „Rücksicht nehmen auf die immerhin anzuerkennenden Eigenarten der Länder“ usw., bereitet man gesetzgeberische Maßnahmen vor, die nicht mehr oder weniger zum Zweck haben, als die Länder allmählich zu erdrücken. Das Bestreben, die Eigenstaatlichkeit der Länder immer mehr auszuhöhlen, und so auf Umwegen über die Gefügebildung des zentralisierten Einheitsstaats zu schaffen, hat im stärksten Ausmaß eingeleitet. Es besteht für jeden, der die Sachlage nüchtern betrachtet, nicht der leiseste Zweifel, daß die Gefahr des Verlustes der Selbständigkeit der Länder größer denn je geworden ist. Wenn sich diese nicht zu einer Einheitsfront der Abwehr gegen den Zentralismus zusammenschließen und nicht gemeinsam den entschiedensten Widerstand gegen alle gesetzgeberischen Maßnahmen des Reiches, die in ihre Rechte eingreifen, aufbringen, so wird in absehbarer Zeit an die Stelle des heute noch bundesstaatlich gegliederten Reiches ganz automatisch und zwangsläufig der zentralisierte Einheitsstaat treten. Es scheint, daß nicht überall diese große Gefahr genügend erkannt wird, sonst hätten sich die Länder namentlich im Süden Deutschlands schon längst zu einer Art Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, sonst beständen nicht zwischen einzelnen von ihnen kleinliche Eifersüchteleien, sonst würden nicht einzelne, weil es ihnen momentan oder vorübergehend finanziell besser geht, eine Sonderpolitik betreiben. Man hat früher so gerne von der „bayerischen Extrawurst“ gesprochen und tut dies heute noch, wenn es sich um föderalistische Fragen handelt, die von dort mit besonderer Entschiedenheit vertreten werden, aber man hat in weiten Kreisen der Politiker und des Volkes offenbar bis heute nicht gemerkt, daß sich die Seege und die Anklagen gegen den bayerischen „Partikularismus“ indirekt gegen alle Länder richten. Jeder Schlag, der gegen Bayerns staatliche Selbständigkeit geführt wird, muß ganz naturgemäß auch die anderen Länder treffen, und je eher man den bayerischen Widerstand gebrochen hat, desto leichter wird man mit den übrigen kleineren und kleinen Ländern fertig werden. Mit dem lauten Geschrei gegen Bayern will man anderwärts nur die Aufmerksamkeit vor der Tatsache ablenken, daß systematisch der Bau der Selbständigkeit ausgehöhlt wird. (Selbstverständlich liegt die Kritik, die seiner Zeit an gewissen Erscheinungen in der inneren Politik Bayerns geübt wurde (Hitlerputsch usw.), auf einem anderen Brett. Als Verteidiger der Selbständigkeit der Länder hat Bayern von jeher eine dankenswerte Mission erfüllt. Red.)
 Das im Juli dieses Jahres verabschiedete Reichsgesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zielt geradezu auf den sog. „wirtschaftlich gegliederten Einheitsstaat“ hin. Die Länderkompetenzen sind hier vom Reichstag bewußt ausgeschaltet worden. Wenn es wahr ist, was behauptet wird, daß in dem § 2 des Gesetzes, der dem Vorstand der Reichsanstalt eine Generalvollmacht über die Reichsgliederung nach Wirtschaftsgebieten gibt, statt des Wortes „im Einvernehmen“, d. h. im Einverständnis mit den Ländern, das Wort „im Benehmen“, das heißt „nur nach Anhören“, also ohne Recht der Mitentscheidung eingeschmuggelt wurde, so muß man sagen, daß hier ganz raffiniert zu

Berliner Tagesbericht

Vor der heutigen Reichstags-Sitzung — Eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte? — Kein Platz für die sozialdemokratische Streikinterpellation — Man hofft auf Einigung im Streik — Wahlen im Frühjahr?
 (Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)
 M. Berlin, 18. Okt. (Priv.-Tel.).
 Die heutige Sitzung des Reichstages soll nach Wünschen der Reichsregierung lediglich von einer Erklärung des Reichsinnenministers von Reubell zum Reichsschulgesetz ausgefüllt werden. Die Absicht bestand, daß im Anschluß daran mit Rücksicht auf eine Kabinettsitzung, die am Nachmittag stattfindet, die Aussprache zunächst auf morgen vertagt werden soll. Ob sich das durchführen lassen wird, ist bis zur Stunde nicht klar. Auf der Seite der Linken werden verschiedene Versuche gemacht, die Interpellation der Sozialdemokraten über den Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland vor allen anderen Fragen auf die Tagesordnung zu bringen. Der Ministerpräsident wird sich erst kurz vor Beginn der Sitzung in der dritten Nachmittagsstunde darüber schlüssig machen. Es ist aber schon jetzt anzunehmen, daß die Mehrheit diese Forderung ablehnen wird. Dann aber haben wir mit einer sehr ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte zu rechnen, bei der schon so ziemlich alles gesagt werden dürfte, was eigentlich der Aussprache über die Interpellation vorbehalten bleiben soll. Die Stimmung ist jedenfalls so, daß mit ziemlich scharfen Zusammenstößen gerechnet werden muß. An sich wird voraussichtlich die Tagung so eingeteilt werden, daß Mittwoch und Donnerstag die Parteien zum Reichsschulgesetz sprechen werden, nachdem sich die Regierungskoalition entschlossen hat, auf eine gemeinsame Erklärung zu verzichten und jede Partei ihre eigene Stellungnahme begründet. Die einzigen, die bisher keine Rede genommen haben, sind die Deutschnationalen, doch dürfte das jetzt in der Fraktionsberatung nachgeholt werden.
 Dann würde am Freitag und am Samstag die Befolungsfrage folgen, bei der vermutlich alle Parteien zu Wort kommen werden. Ein Platz für die sozialdemokratische Interpellation über den Streik und die gesamte Wirtschaftslage ist also nicht vorhanden, falls man an dem Schluß am Samstag festhält.
 Das scheint einer Absicht zu entsprechen. Man hofft vielfach, daß bis gegen Ende der Woche eine wirkliche Klärung der Streiklage eingetreten ist.
 Wenn auch von Seiten der Gewerkschaften bis her bestritten wird, daß irgendwelche Vorverhandlungen unternommen sind, möchten wir doch annehmen, daß zum mindesten eine Fühlungnahme schon erfolgt ist oder unmittelbar bevorsteht. Jedenfalls beurteilt man in den Kreisen des Reichsarbeitsministeriums, das ja die gesetzliche Vermittlungsstelle darstellt, die Lage nicht übermäßig ernst und gibt sich zum mindesten der Hoffnung hin, daß noch im Laufe der Reichstags-tagung ein Kompromiß erreicht werden könnte. Auch wir glauben, daß, wenn es zu öffentlichen Verhandlungen kommt, die Dinge schon soweit geklärt sind, daß ein Erfolg ganz gesichert erscheinen muß. Zum zweiten Male wird sich der Reichsarbeitsminister kaum der Gefahr aussetzen, mit seinen Vorschlägen wieder wie am letzten Freitag zu scheitern.
 Zur allgemeinen wird die politische Lage jedoch ziemlich pessimistisch betrachtet. Und Herr Löbe, der in Paris zu französischen Journalisten erklärt hat, er rechne mit Neuwahlen im kommenden Frühjahr, also ½ Jahre vor dem natürlichen Ende des Reichstages, steht durchaus nicht allein. Auch Graf Westarp hat in seinem Wahlkreis Potsdam ähnliche Äußerungen wie auf dem württembergischen Parteitag getan, wonach die Deutschnationalen die Frage der Wahlparole sehr entscheidend in den Vordergrund rücken.

Werke gegangen worden ist, um die Länder ihres Mitbestimmungsrechtes zu berauben. In der Presse ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Vorschlag der Reichsanstalt — Gliederung des Reiches in 13 Wirtschaftsgebiete — eine frappante Ähnlichkeit mit jenen Plänen aufweist, wie sie von den Zentralisten zu Anfang dieses Jahres für eine „wirtschaftliche Reichsgliederung“ gemacht worden sind. Es ist außerordentlich beachtenswert, daß von den Anhängern des Unitarismus die Pläne der Reichsanstalt als ein „Schritt zum Einheitsstaat“ und zur „Beseitigung der alten politischen Ländergruppen“ freudig begrüßt werden. Die wohl begründeten Proteste der Länderregierungen gegen die geplante Gliederung werden als „partikularistische Engherzigkeiten“ abgetan, die auf die Rechte der Länder pochten, ohne zu erkennen, was die Vernunft gebietet. Man erinnert sich hier unwillkürlich

an das Schillersche Wort: „Verstand ist stets bei wenigen gewesen“, denn die Folgen dieser willkürlichen Gliederung für das wirtschaftliche und soziale Leben mit allen ihren Nachteilen werden nicht ausbleiben. Aus allen den erwähnten Presseäußerungen ist aber leicht zu erkennen, daß man sich dort der Hoffnung hingibt, es werde auf dem Wege über vom Staate unabhängige wirtschaftliche und soziale Organisationen das Ziel: der zentralistische Einheitsstaat, automatisch erreicht. Mit den kommenden Bezirkswirtschaftsräten soll das begonnene Werk fortgesetzt werden.
 Aber noch raschere und intensivere Wirkungen verspricht man sich offenbar von der Steuergesetzgebung. Das angekündigte sog. Steuervereinfachungsgesetz eröffnet für die Zentralisten großartige Aussichten. Dadurch werden nicht nur die Länder hinsichtlich ihrer Finanzgebarung vollkommen zu Kostgängern des Reiches gemacht und ihnen damit jede Spur einer Finanzhoheit genommen, sondern auch die Gemeinden erfahren die äußerste Einschränkung in ihrer Selbständigkeit, und der Begriff der Selbstverwaltung wird zu einem historischen. Länder und Gemeinden haben allen Grund, von dem Gesichtspunkt der Eigenständigkeit und Erhaltung der Selbstverwaltung aus die zentralistischen Tendenzen im kommenden Steuervereinfachungsgesetz entschieden zu bekämpfen.
 Um zentralistische Ziele willen geht das Reich sogar eine enge Koalition mit der Wirtschaft ein und gibt ihr ein Kontrollrecht über die Gemeindefinanzen, was vom staatspolitischen Gesichtspunkt außerordentlich bedenklich erscheinen muß. Staat und Wirtschaft sind heute große Gegenspieler, sie ringen miteinander um die Macht. Nur aus Machtstreben unterstützt die Wirtschaft die zentralistischen Bestrebungen, denn in einem Einheitsstaat wird sie leichter den Staat zu ihrem gefügigen Diener machen und größeren Einfluß auf die gesamte Gesetzgebung gewinnen, als in einem föderalistisch gegliederten. Die nachteiligen Folgen dieses Bündnisses zwischen Staat und Wirtschaft für den gewerblichen Mittelstand, die Landwirtschaft und nicht zuletzt für die Arbeiterschaft, werden nicht ausbleiben. Man kennt doch, um nur eines hervorzuheben, die Einstellung gewisser Wirtschaftskreise zu den sozialen und kulturellen Aufgaben, und kann sich heute schon ein Bild davon machen, welche Schwierigkeiten für die Gemeinden entstehen müssen, wenn sie diese unter dem Widerstande der das Gemeindefinanzbudget kontrollierenden Wirtschaftskreise durchführen wollen. Das Ergebnis des Bundes von Reich und Wirtschaft gegen die Gemeinden und Länder werden endlose Kämpfe und Scherben auf allen Gebieten sein. So wird aber das Volk in seiner Masse auch psychologisch für den Einheitsstaat präpariert, indem das Reich den Ländern und Gemeinden das ganze Odium einer solchen Finanzpolitik zuschiebt.
 Absolut zentralistische Tendenzen weist auch der Entwurf der Neuregelung der Beamtenbefolgung auf. Über die Notwendigkeit einer Reform auf diesem Gebiete braucht kein Wort verloren zu werden. Es ist aber für die politisch interessierten Kreise sehr beachtenswert, wie die ganze Sache gemacht worden ist.
 Das Reichsfinanzministerium bringt den Entwurf einer Beamtenbefolgungsreform, dessen Durchführung rund 1 1/2 Milliarden jährlich kostet. Davon entfallen auf Baden jährlich 17 Millionen, auf Württemberg 24, auf Bayern 58. Das Reich erklärt, es werde die Befolgungsreform unter allen Umständen durchführen, den Ländern wird „empfohlen“, das Gleiche zu tun, ebenso den Gemeinden. Gleichzeitig erklärt man, daß an erhöhte Zuwendungen aus dem Finanzausgleich nicht zu denken sei: Woher sollen die Länder das Geld nehmen, ohne die Steuern zu erhöhen? Sie befinden sich aber in einer Zwangslage. Wenn das Reich die Zuweisungen nicht erhöht und auch keine Steuererhöhungen vorgenommen werden dürfen, so bleibt den Ländern nichts übrig, als mit Anleihen und Schatzwechseln zu arbeiten. Damit geraten sie aber immer tiefer in die Schulden, so daß es ihnen nach und nach immer schwieriger werden wird, auch nur die Amortisation und Verzinsung aus ihren Eats herauszuwirtschaften. In dieser Lage befinden sich schon heute verschiedene Länder, in diese Lage kommen, wenn kein Ausweg gefunden wird, auch die süddeutschen. Und wenn es einmal so weit ist, dann kann das Reich die bankrott gewordenen Länder liebevoll in den „Einheitsstaat“ aufnehmen. Sie sind dann dafür „reif“ geworden, und das Ziel der Zentralisten ist „ohne Verfassungskämpfe“ und „ohne Ge-

walt" erreicht. Man hat den Ländern die Garotte angelegt und sie schon langsam zugekehrt. Auch eine „Entwickelung“!

So sieht die politische Seite der im Gange befindlichen Gesetzgebung des Reichsfinanzministeriums aus. Heute schon sind die Zuweisungen des Reiches an die Länder vollkommen unzureichend. Trotzdem bürdet man ihnen immer weitere Lasten auf. Man wird den Eindruck nicht los, daß diese Finanzpolitik vom Reich im Einverständnis mit Preußen systematisch betrieben wird, um den politischen Fortbestand der Länder möglichst bald zu beseitigen. Dann wird aber die große Frage akut werden, ob die erdroffelten Länder „Reichsprovinzen“ werden oder sich an Preußen anschließen. Die „starke soziale Note“ der Beamtenschaft bekommt von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, einen höchst bitteren politischen Beigeschmack.

Draußen im Volk macht man sich über diese Politik eigene Gedanken. Es ist eine verhängnisvolle Täuschung zu glauben, daß die Bevölkerung im Süden Deutschlands sich ruhig damit abfinden werde, daß sie so allmählich in den „wirtschaftlich gegliederten Einheitsstaat“ oder in einen solchen „mit weitestgehender Selbstverwaltung“ hinübergleitet, da sie weder von der einen, noch von der anderen Lösung etwas wissen wollen, die ja doch nur auf ein Großpreußen hinausläuft.

Enthüllung der Ebert- und Hindenburgbüsten im Reichstag

18. Okt. (Tel.) Im Reichstag wurden heute die Marmorbüsten der beiden Reichspräsidenten Ebert und v. Hindenburg in feierlicher Weise enthüllt und vom Reichspräsidenten Löbe in die Obhut des Reichstages übernommen. Die Büsten sind auf hohen Säulen im Kuppelraum der Wandelhalle aufgestellt. Für die Feierlichkeit war der Kuppelraum mit Lorbeerzweigen, Palmen und Tannengrün schmückend geschmückt. Von einem mit der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne überbedeckten Rednerpult aus, hielt der Reichspräsident eine kurze Ansprache, in der er darauf hinwies, daß unter der neuen Staatsform die Leitung des Reiches nicht im Erbgang einem Fürsten zufalle, sondern das Volk selbst den würdigsten als Träger des Reichs- und Staatsgedankens erhebe. Beide Reichspräsidenten seien Vorbilder der Opferwilligkeit, mit der sie ihr hohes Amt übernommen hätten und führten. An der Feier nahm der Reichstagspräsident Dr. Marx sowie die übrigen Mitglieder des Kabinetts und eine große Anzahl von Abgeordneten aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten teil. Von den Angehörigen war Frau Ebert erschienen, in Vertretung des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. Meißner.

Heute Kabinettsitzung. Heute, Dienstag nachmittag, tritt das Reichskabinett zusammen, um sich in erster Linie mit dem Vorstoß Bayerns zu beschäftigen, ferner will das Kabinett die Auffassung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius und des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns zum Kohlenstreik hören. Ludwig Darmstädter †. In Berlin ist in der Nacht zum heutigen Dienstag Prof. Dr. Ludwig Darmstädter in seinem 81. Lebensjahre einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene war in gleicher Weise Gelehrter und erster Sammler. Sein letztes Werk betitelt sich „Naturforscher und Erfinder“.

Die Wohnungszwangswirtschaft. Montagabend fand im Reichstag eine Besprechung von Vertretern der Regierungsparteien statt, an der auch Reichsjustizminister Dr. Hergt teilnahm. Die Verhandlungen galten der geschäftlichen Behandlung der dem Reichstag bereits vorliegenden Novellen zum Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz, die eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft betreffen. Es wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß dieses Gesetzgebungs-werk nunmehr mit möglichstster Beschleunigung erledigt werden soll.

Der neue deutsche Generalkonsul in Memelgebiet. Die litauische Regierung hat das Exequatur für den neuen, von Deutschland zum Generalkonsul für das Memelgebiet ernannten Generalkonsul Maenh, bisherigen Generalkonsul in Göteborg, erteilt.

Der mitteldeutsche Braunkohlenstreik

Berücksichtigung der Streiklage.

18. Okt. (Tel.) Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß nach Mitteilung der Zentralleitung zum größten Teil diejenigen Leute, die sonst noch eingefahren sind, ihre Arbeit heute nicht mehr aufgenommen haben. Mit ganz wenigen Ausnahmen werden heute nur noch die von den Gewerkschaften zugelassenen Notstandsarbeiten verrichtet. Irigendwelche Terrorakte und Unruhen sind nach Mitteilung der Streikleitung nicht vorgekommen.

18. Okt. (Tel.) Die Streiklage im Niederlausitzer Revier ist nach Mitteilungen von Arbeitgeberseite im wesentlichen die gleiche wie gestern. Von einer Gesamtbelegschaftszahl von rund 21 000 Mann dürfte die Hälfte der Grubenarbeiter im Streik stehen. Von Grube „Ferdinand“ der Niederlausitzer Kohlenwerke werden Terror-akte gemeldet. Auf Grube „Henriette“ der „Eintracht“ drangen in der Nacht Streikende in die Fabrik ein und verprügelten die Schuppenjungen.

Eine Reihe von großen Werken ist an die Zentralstreikleitung herangetreten mit dem Ersuchen, in Sonderverhandlungen den Streik beizulegen. Sie haben sich gleichzeitig bereit erklärt, die Lohnforderungen der Streikenden zu bewilligen.

Die drei Spitzenorganisationen der Angestellten (Afabund, GDA und Bedag) haben zum Streik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet Stellung genommen. Als Ergebnis der Besprechung haben sie laut „Vorwärts“ eine Aufforderung an die Angestellten im Braunkohlenbergbau gerichtet, die Aus-führung von Streikarbeiten strikte abzulehnen. In einer Aussprache im preussischen Handelsministerium sei von Regierungseite festgesetzt worden, daß das Vergabesetz keine Handhabe biete, die Angestellten zur Verrichtung von Arbeitstätigkeiten zu zwingen.

Interpellation im Reichstag

Die angekündigte Interpellation der Sozialdemokratie im Reichstag weist darauf hin, daß die streikenden Bergarbeiter mit den bisherigen niedrigen Löhnen auch nicht die bescheidenste Existenz fristen können. Die Regierung wird gefragt, was sie zu tun gedente, um die schweren Gefahren abzuwenden, die durch diesen Niesenkampf des mitteldeutschen Braunkohlenstreikes dem gesamten Wirtschaftsleben drohen und mit welchen Mitteln sie den Bergarbeitern eine ausreichende Erhöhung ihrer Löhne sichern wolle. Die Sozialdemokraten beabsichtigen, auf der Beantwortung der Interpellation durch die Regierung und auf deren Versprechung im Reichstage unbedingt noch in dem jetzigen Tagungssitzungstag zu bestehen.

Das Zentrum hat folgende Interpellation eingereicht: „Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau brach ein großer Streik aus, weil in der Lohnfrage keine Einigung zu erzielen war. Der Streik muß bei längerer Dauer außerordentlich un-günstig auf die deutsche Wirtschaft und die Lage weiter Volksteile wirken. Ist die Reichsregierung bereit, auf eine Beendigung des Kampfes hinzuwirken und eine befriedigende Regelung der Lohnfrage herbeizuführen?“

Verbindliche Erklärung für den rheinischen Braunkohlenbergbau

Der für den rheinischen Braunkohlenbergbau gefällte Schiedsspruch zur Regelung der Arbeitszeit ist auf Antrag der Arbeitnehmerschaft vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

D. Friedrich Lahusen †. Im Alter von 76 Jahren verschied Montag früh an einem Schlaganfall in seiner Vaterstadt Bremen der ehemalige Geistliche Bisepresident des preussischen Evangelischen Oberkirchenrats und Generalsuperintendent von Berlin, D. Friedrich Lahusen.

Ein neuer Spionageprozess in Moskau. In diesen Tagen beginnt in Moskau der Prozess gegen die Gebrüder Browe, die Söhne des früher sehr bekannten Millionärs, ferner gegen Korpapatow, den juristischen Berater des revolutionären Kriegsrates und gegen zwei Militärbeamte, die der Spionage zugunsten Englands angeklagt sind und gestanden haben.

Wahlen im Ausland

In der Tschechoslowakei fanden am Sonntag Gemein-de-wahlen statt. Die Verschiebungen sind nicht besonders groß. In Prag haben die tschechischen Nationalsozialisten gewisse Erfolge erzielt. Auch auf deutscher Seite sind die Veränd-erungen gering. Verloren haben hauptsächlich die Christlich-Sozialen, und der Abfall kam sicherlich den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten und den deutschen Sozialdemo-kraten zugute.

In Groß-Prag haben die Deutschen einen überraschenden Stimmengewinn aufzuweisen. Bei den letzten Gemein-de-wahlen im Jahre 1923 erzielten die deutschen Wähler 15 628 Stimmen. Diesmal erlangten sie 18 305 Stimmen. Die deutschen Demokraten dürften 3 Mandate erhalten, die Deutschnationalen und Nationalsozialisten je eines, während die Christlich-Sozialen leer ausgehen dürften. Von den tschechischen Parteien geht als stärkste die der Nationalsozia-listen (die Partei des Außenministers Beneš) aus dem Wahlkampf hervor, die 23 Mandate gegen 22 im Jahre 1923 erlangte; an zweiter Stelle stehen die Kommunisten mit 17 Mandaten und mit einer gleichen Mandatsanzahl die Na-tionaldemokraten. Von Bedeutung ist auch der Wahlerfolg der tschechischen Faschisten, die beinahe 10 000 Stimmen auf sich vereinigen; sie werden das erste Mal ihre Vertreter in eine offizielle Körperschaft entsenden.

In Norwegen fanden am Montag die Wahlen zum Parla-ment (Storting) statt. Endgültige Ergebnisse liegen noch nicht vor. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß die Arbeiterpartei etwa zehn Mandate gewinnen wird. Die Bauernpartei ge-nann bisher drei Mandate, die Konserwativen verloren bis-her wahrscheinlich sieben. Unter den Rechtswählern dürfte sich der Landesverteidigungsminister befinden. Die radikale Gruppe hat ebenfalls verloren. Die Kommunisten werden nur ein oder zwei Mandate bekommen.

Das Ergebnis der Wahlen in die gesetzgebende Versamm-lung von Neufchwales, die am Sonntag stattfand, ist, wie aus Sidney gemeldet wird: Nationalisten 35, Bauernpartei 13, Arbeiterpartei 45, Unabhängige Arbeiterpartei zwei Sitze. Die Nationalisten und die Bauernpartei, die ein Wahlbündnis abgeschlossen hatten, haben somit eine leichte Mehrheit erlangt. Die Arbeiterregierung wird zur Demission gezwun-gen sein.

General Hege in Amerika

Der Chef der deutschen Heeresleitung, General Hege, ist mit dem Dampfer „Hamburg“ in Newyork eingetroffen. Er äußerte Vertretern der Presse gegenüber, daß kein Deut-scher, der einen verantwortlichen Posten bekleidet, die Gele-genheit veräumen dürfe, den bewundernswerten Fortschritt Amerikas im letzten Jahrzehnt kennen zu lernen. Deshalb habe er mit Freude die ihm durch eine Einladung der Da-pag gebotene Gelegenheit wahrgenommen, eine Reise nach Amerika zu unternehmen. Der General wohnte Montagabend einer militärischen Veranstaltung der Newyorker Miliz bei und reiste dann nach Washington weiter.

General Hege gab Vertretern der amerikanischen Presse auf die Frage: „Ist Deutschland entwaffnet?“ die Antwort: „Sie wissen alle, in welchem Ausmaß der Vertrag von Ver-sailles die Entwaffnung Deutschlands festgelegt hat und daß die Interalliierte Kommission in den letzten sieben Jahren die Durchführung dieser Vertragsbestimmung überwacht hat. Die Tatsache, daß diese Kontrollkommission noch den in Genf im letzten Dezember getroffenen Abereinkommen aufgelöst worden ist, ist ein hinreichender Beweis dafür, daß Deut-schlands Entwaffnung vollständig durchgeführt ist.“ Auf die Frage: „Wie ist Ihr jetziges Heer?“ antwortete General Hege: „Die Reichswehr ist eine kleine, aber gut geschulte Ar-mee für rein defensive Zwecke. Sie ist weder groß genug noch entsprechend ausgerüstet, sie besitzt weder Tanks noch schwere Artillerie noch Marineflugzeuge, um der Heeresmacht irgendeiner der europäischen Großmächte entgegenzutreten zu können.“ Auf die Frage: „Ist es wahr, daß Deutschland im geheimen rüstet und gibt es eine Schwärze Reichswehr?“ antwortete der General: „Die Behauptung, daß Deutschland im geheimen rüstet ist ebenso unfundiert wie unbegründet. Die deutsche Regierung hat weder die Absicht noch ist sie praktisch in der Lage, eine geheimes Aushebungs- und Be-waffnungssystem durchzuführen.“

Badischer Dichter- und Komponistenabend im Landestheater

Mit ähnlichen Veranstaltungen hatte das badische Landes-theater zwar noch nie viel Glück, aber so schmächtig wie dies-mal verlagte kaum je das Arrangement. Entweder sollte man, wenn schon der Karlsruher Herbstwoche ein solcher Abend konzidiert wird, die Sache gründlicher vorbereiten und deren Verlauf nicht dem Zufall überlassen, andernfalls wäre es aber besser, künftig ganz darauf zu verzichten. Reizlich an sich schon berührt, daß die ursprünglich im Programm-buch angekündigte Vortragsfolge eine wesentliche Änderung er-fuhr, noch peinlicher, daß dann nicht einmal die endgültig festgelegten Teile durchgeführt werden konnten. Den einiger-maßen Kundigen überließ freilich auch noch angesichts dieser Fülle ein gelindes Grausen, und er fragte sich verwundert, warum u. a. Scheffel und Hebel wieder an die Reihe kamen. Für ihre Vollständigkeit ist doch wahrlich bei den Jentena-riern genug geschehen! Aber daß dann noch ganze Novellen von G. Eris Luffe und Adolf Schmitz vorgelesen wur-den, das war — abgesehen von dem keineswegs dafür pas-senden Rahmen — eine unerträgliche Belastung. Es wurde mittlerweile zehn Uhr und bei allgemein zunehmender Un-zufriedenheit schließlich 11 Uhr. Die Folge war, daß die wahrschein-lich wertvollste Gabe des Abends, nämlich neue Dicht von Burte, Oberlein usw., einfach wegfiel, damit wenigstens noch Philipps Sans Thomastied die spärlichen Zuhörer fesse-lte, soweit diese nicht schon vorgezogen hatten, diskret zu verschwinden. Beim, einen Abend von solch vormärzlicher Pro-vingialität hat man an unserer Landesbühne seit langem nicht mehr erlebt, und seine Devise: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen!“ entschuldigt keinesfalls eine Aufführungsdauer, die sich vermutlich bis gegen Mitternacht hinzog.

Der Mischel auf den künstlerischen Gehalt des tatsächlich Gebotenen darf zudem sowohl nach der dichterischen wie mu-sikalischen Seite recht summarisch ausfallen. Nicht einmal Götts dramatische Dichtung „Fortunatus Fiß“, die Otto Kien-sch für diese Gelegenheit neuentstubierte hatte, hinterließ einen starken Eindruck; denn sie ist viel zu literarisch und zu wenig theatralisch. Immerhin wußten Pia Wietens (Fortu-natus) sowie Paul Pierl (Erdbmann) rein sprachtechnisch zu befriedigen. Von unterschiedlichem Wert war die aus der Dürst von Scheffel, Geiger, von Bobman, Bierordt und From-mel getroffenen Wahl, die Stefan Dahlen und Ulrich von der Trend regierten, völlig verfehlt (wie schon angedeutet) alles übrige. Und musikalisch? Nun, Franz Philipps Renau-

lieder haben in der jetzigen Kammerorchesterbesetzung manches verloren, vor allem muß man der neuen Fassung mit eini-ger Skepsis gegenübersehen, weil die Altstimme (Magda Strad) gar nicht mehr zu ihrem Recht kommt. Auch im Hans Thomastied schied Adolf Vogel, der unter des Komponisten persönlicher Leitung sang, anfänglich dem Orchesterklang nicht gewachsen, gleich jedoch später das Mißverhältnis aus und entfaltete beim Singtritt der Orgel prächtige Tongebung. Somit war das musikalische Finale wenigstens erfreulich und verführte ein bißchen mit dem vorausgegangenen harmlosen Unterhaltungsstück, das sich Holz „Hornquartett“ nennt. Es bleibt mir unverständlich, wie ein solch nichtsagendes Pro-dukt (Hermann Krieger) den Weg auf ein Podium finden konnte, das noch ein bestimmtes Renommee zu verteidigen hat.

Stuttgarter Theaterbriet

Auch das Stuttgarter Landestheater hat es sich nicht neh-men lassen, den 150. Geburtstag Heinrich von Kleist zu feiern. Genau so, wie in Karlsruhe, wurden das dramatische Fragment „Robert Guisard“ und das Lustspiel „Der zerbrochene Krug“ aufgeführt. Man kann darüber streiten, ob diese Wahl zweckmäßig gewesen ist. Gewiß verrät uns auch der fragmentarische „Robert Guisard“ die Klause des Lö-wen. Aber von jeher hat das große Publikum mit dem nicht viel anzufangen gewußt. Und es ist und bleibt eben doch nur ein Bruchstück. Der „zerbrochene Krug“ ist etikettiert als „das beste Lustspiel der deutschen Literatur“. Zugegeben, daß diese Bezeichnung richtig ist, so zeigt uns diese Komödie doch durchaus nicht den eigentlichen Kleist, den Kleist des „Prinzen von Homburg“ und der „Hermannschlacht“.

Diese kritische Bemerkung darf uns nicht davon abhalten, den ernsthaften und guten Willen der Theaterleitung anzu-erkennen. Vielleicht hat sich die Idee, an einem Abend zwei kurze Schöpfungen desselben Dichters zu bringen, dem Publi-kum gegenüber als recht zugkräftig erwiesen. Die Auf-führung im Kleinen Haus, dessen behaglicher Raum von vornherein die rechte Stimmung hervorzaubert, war würdig und lobenswert. Die dramatische Größe und Wucht des Fragments erfüllte sich uns in faszinierender Weise. Wie Kleist hier ein dritteres Geschick sich erfüllen läßt, das wird uns von der Bühne her wirkungsvoll vor Augen geführt. Mit tiefem Mitleid erleben wir die Tragik des Helden, dieses Unglücklichen aller Unglücklichen, mit. In glühenden, schier versengenden Worten schildert der Dichter die unge-beuere und fürchterliche Nacht des Schicksals. In diesen Wor-

ten ist eine harte und grausame Realistik, eine Realistik, die es rechtfertigt, wenn Julius Bab in seinem neuäthen Vortrag über Kleist die Zuweisung des Dichters zur Romantik ablehnt. Dramatisch läßt sich die unerhörte Wucht des Stüdes nicht mehr steigern. Wir sehen das Schicksal und mit ihm den Tod am Werke und verstummen.

Brandenburg führte die Regie. Sie ließ die einzelnen dar-stellerischen Leistungen scharf hervortreten. Durch die Stim-men des Volkes, das von entsprechender Not heimge-sucht wird, hörte man immer wieder die besetzten Worte seines Sprechers, des Greises, dessen Herz noch immer in jugendlichem Feuer erglüht. Fritz Witten verkörperte diese Rolle mit unmittelbarer Gestaltungs-kraft. Ihm steht Egmont Richter als Robert Guisard gegenüber. Sein Spiel zeugte von jener heldischen Überlegenheit und moralischen Fibrilität, die so bezeichnend für die Rolle sind. Auch die übrigen Mitwirkenden standen sichtlich im Banne der aufmühndenden Dichtung. Als krasser Gegensatz folgte der Tragödie das packende, vollständig-berbe Lustspiel „Der zerbrochene Krug“. Max Marx gab den Adam und holte alles heraus, was an Komik und Menschlichkeit in dieser Fi-gur zu finden ist. Höchstens könnte man bemängeln, daß sein Spiel etwas zu sehr in die Breite ging. Die Aufführung verlief im ganzen zufriedenstellend, nur hätte man sie und da etwas weniger lautes Geschrei vorführen dürfen.

Besondere Erwähnung verdient außer der Kleistfeier das Lustspiel Richard Taubers als „Faganini“ in der Lehar'schen Schlageroperette gleichen Namens. Schon einmal hat Richard Tauber in Stuttgart gastiert, aber jener Abend stand unter keinem günstigen Stern: eine Erklärung qualte den Künstler und behinderte ihn himmlich, wie darstellerisch. Sein jetziges Auftreten verwarf die völlig den damaligen Eindruck. Tauber eroberte sich das Publikum im Nu. Der Beifall war so stark, daß er viermal hintereinander im Liebe versichern mußte: „Gern hab ich die Frau'n geküßt“. Taubers technisch brillant geschultes Organ ist von einem Klang und von einer Spannkraft, von einer süßen verführerischen Weichheit in der Höhenlage, die besonders stark auf die weibliche Zuhörerschaft einwirken müssen. Zweifellos weiß Tauber selbst sehr genau, daß er diesen Eindruck macht. Seine selbstbewußten — man könnte auch sagen eilen — Gesten illustrierten das nur zu deutlich. Die Aufführung hatte viel Schick. Das Stück ist die edle, moderne Operette; das heißt, die Handlung ist mehr als fade. Aber dieser ganze verlebte, von großem Gefühlsüberchwang getragene Quatsch mit seiner senti-mentalischen und raffinierten Musik kommt dem Geschmack des Publikums nur zu sehr entgegen.

Politische Neuigkeiten

Das Reichsschulgesetz

Zum heutigen Reichstagsbeginn schreibt die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“: Die Verhandlungen werden durch eine Rede des Reichsinnenministers von Reubell eröffnet. Dann werden die einzelnen Fraktionen zu Wort kommen und dabei wird sich herausstellen, daß in der Regierungskoalition noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Jedoch wird der Entwurf der Reichsregierung in allen Fraktionen der Regierungskoalition als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage betrachtet. Der Reichsinnenminister wird den unüberänderten Regierungsentwurf vertreten, ist aber von vornherein damit einverstanden, daß die Regierungsparteien für die noch offenen Streitfragen eine Kompromißlösung suchen.

Die Regierungsparteien einigten sich über die Behandlung des Reichsschulgesetzes dahin, daß alle Parteien einzeln zu Worte kommen sollen, daß also von den Regierungsparteien keine gemeinsame Erklärung abgegeben wird.

Die Demokraten haben eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird: a) wie hoch sie den voraussichtlichen Gesamtaufwand für das Volksschulwesen schätzt, sofern der vorgelegte Entwurf Gesetz wird? b) ob Länder und Gemeinden die etwaigen Mehrkosten zu tragen haben oder ob auf Grund des Paragraphen 54 des Finanzausgleichsgesetzes im Zusammenhang mit § 58 Abs. 3 (Fassung des Finanzausgleichsgesetzes nach der Bekanntmachung vom 27. April 1926 beim Reichsgesetzbuch, I, 203) die den Ländern und Gemeinden durch reichsrechtliche Vorschriften erwachsenden Mehrausgaben aus dem Reichshaushalt zu übernehmen sind? c) ob und auf welchem Wege im Reichshaushalt über in den Haushalten der Länder und Gemeinden die Mittel zur Deckung des etwaigen Mehrbedarfs bereitgestellt werden sollen?

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß das Reichsschulgesetz den Reichstag bis zum Donnerstag beschließen wird, zumal von den Regierungsparteien die volle Ausnutzung der Redezeit in zwei Rednergarnituren verlangt worden ist. Die beiden letzten Tage der Woche dürften dann durch die Behandlung der Befoldungsvorlage ausgefüllt sein. Es ist anzunehmen, daß die Regierungsparteien auch in dieser Frage nicht eine gemeinsame Erklärung abgeben, sondern jede für sich sprechen wird. Wie im Reichstage verläuft, wird Reichsfinanzminister Dr. Kähler am Mittwoch noch eine Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien über die Befoldungsvorlage abhalten. Das Liquidationsänderungsgesetz wird in diesen Tagen voraussichtlich nicht mehr behandelt werden, weil diese Vorlage noch nicht an den Reichstag gelangt ist.

Internationale Konferenz für die Handelsfreiheit

In Genf wurde am Montag vormittag die internationale Konferenz zur Schaffung eines Übereinkommens betr. die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen eröffnet. An dieser Konferenz nehmen Vertreter von 32 Staaten teil u. a. auch solche der Vereinigten Staaten von Amerika und Ägypten, welche beiden Länder dem Völkerbund nicht angehören. Von deutscher Seite ist der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg anwesend. In seiner Eröffnungsrede wies der Präsident Kolijn darauf hin, daß es sich darum handle, einen der wichtigsten Bestandteile der Weltwirtschaftskonferenz in die Tat umzusetzen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten erklärte, daß seine Regierung der Konferenz eine große Bedeutung für die Wiederherstellung normaler Handelsverhältnisse in Europa beimesse.

Der deutsche Delegierte Dr. Trendelenburg, erklärte, die deutsche Regierung hoffe, daß die Konferenz zu Ergebnissen führen werde, welche mit den entsprechenden Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz in vollem Einklang stehen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten sich im Laufe der letzten zwei Jahre wesentlich gebessert. Es solle der Versuch unternommen werden, den tatsächlichen Zustand der Wirtschaft möglichst schnell und möglichst auf der ganzen Linie wiederherzustellen. Die deutsche Delegation werde alle Bestimmungen des vom Wirtschaftskomitee vorgelegten Entwurfs unterstützen, die den möglichst freien und ungehinderten Warenverkehr ermöglichen, und alle Klauseln bekämpfen, die aus irgendeinem Grunde danach streben, den gegenwärtigen Zustand beizubehalten.

Chapmann, England, erklärte, seine Regierung sei sich bewußt, daß man nicht in kurzer Zeit aller der gegenwärtig herrschenden Schwierigkeiten Herr werden könnte. Der französische Vertreter Terruzs betonte, die französische Delegation betrachte das vorliegende Projekt als ausgezeichnete Diskussionsgrundlage.

Kurze Nachrichten

Der Weinkonsum. Wie aus Paris gemeldet wird, ergab eine statistische Feststellung, daß jeder Franzose im Durchschnitt 144 Liter Wein im Jahre trinkt. An zweiter Stelle steht Italien mit 128, dann folgen Österreich, Ungarn, Rumänien und Bulgarien mit je 20 bis 25, Deutschland mit 7, England mit 4 und an letzter Stelle Skandinavien mit 1/2 Liter Wein auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre.

Verhaftung von Italienern an der Côte d'Azur. Wie die Pariser Blätter aus Nizza melden, sind im Zusammenhang mit verschiedenen Anschlüssen an der Côte d'Azur fünfzehn Italiener festgenommen worden. Sie sollen aus Frankreich ausgewiesen werden.

Wechsel im Vorsitz der französischen Radikalen Partei. Dem „Matin“ zufolge wird Senator Maurice Sarraut den Vorsitz der Radikalen Partei niederlegen, den er nur für ein Jahr angenommen hatte. Als aussichtsreichsten Kandidaten nennt das Blatt Senator René Renaud; doch werden auch die Herriot nahestehenden linksstehenden Abgeordneten Chaumonts und Dalbiez genannt.

Kommunistenprozess in Budapest. In Budapest begann die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen kommunistischen Volkskommissar Istvan Szanto und 57 Leute, die angeklagt sind, vom Frühjahr 1926 bis Februar 1927 auf Befehl und nach Weisungen der Moskauer Internationale in Budapest und verschiedenen Orten der Provinz umstürzlerische Propaganda getrieben zu haben.

Wujowitsch aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Die Moskauer Presse veröffentlicht den Beschluß der Zentralkontrollkommission der kommunistischen Partei über den Ausschluß Wujowitschs aus der Partei wegen seiner Weigerung, sich dem Beschluß des Zentralkomitees über seine Abreise zwecks einer Tätigkeit in Woronezh zu fügen. Wujowitsch wurde vor kurzem zugleich mit Trotski aus dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale ausgeschlossen.

Badischer Teil

Wettbewerbserfolg eines Karlsruher Architekten

Der Wettbewerb für den Bibliotheksbau in München, eine der bedeutendsten Bauaufgaben, die der Bayerischen Landeshauptstadt nach dem Kriege zugefallen sind, hat — wie bereits kurz gemeldet — zu einem besonderen Erfolg eines Karlsruher Architekten geführt. In dem Wettbewerb, zu dem nicht weniger als 131 Entwürfe aus ganz Deutschland eingegangen waren, wurden, nach Zusammenlegung des ersten und zweiten Preises, zwei höchste Preise verteilt. Hieron erhielt einen der Entwurf Forum I von Hans Freese, Prof. der Architektur an der Karlsruher Technischen Hochschule, Mitarbeiter Reg.-Baumeister K. Vogel. Die andere Hälfte dieses Preises fiel nach München an Hans Holzbauer, Gustav Gänger und Friedr. Behler. Einen 3. Preis erhielt Karl Notermund, Bremen. Vier Preise wurden u. a. gegeben an Geheimrat Dr. G. Bestelmeyer, München, Professor Mich. Kurz, Augsburg und Dipl.-Ing. G. Dollgast, München.

Im Deutschen Museum zu München fanden sich am Samstag Vertreter der Reichsregierung, der bayerischen Regierung, des Reichsrates, des Reichstages und Landtages und Mitglieder des Verwaltungsrates des Deutschen Museums zur einer Besichtigung der Entwürfe ein. Der Vorsitzende des Preisrichterkollegiums, Geheimrat Hofmann, Berlin, verwies auf die schwierige Arbeit, unter den 131 eingelaufenen Projekten die geeignetsten herauszunehmen. Geheimrat Schnorr von Carolsfeld, der Direktor der Bayerischen Staatsbibliothek, würdigte in einer Ansprache die große Bedeutung der künftigen Museumsbibliothek.

Bei einem im Ehrensaal des Deutschen Museums abgehaltenen Frühstück sprach Erzengel v. Miller, der Schöpfer des Deutschen Museums, allen an dem Wettbewerb beteiligten Architekten den herzlichsten Dank für ihre Mithewaltung aus. Das Museum könne seine Aufgabe erst erfüllen, wenn eine große Bibliothek mit ihm verbunden werde. Eine technische Bibliothek, wie sie für das Deutsche Museum geplant sei, würde für ganz Deutschland von allergrößter Bedeutung sein. Schon jetzt besitze das Deutsche Museum eine bedeutende Lektundenammlung, die den Forschern wichtiges Material an die Hand gebe für die Geschichte der Technik. Schon jetzt kämen Stiftungen von Wiedern aus der ganzen Welt an das Deutsche Museum, weil wichtige Beziehungen zum Ausland durch den Besuch ausländischer Gelehrter geschaffen worden seien. Das neue Bibliotheksgebäude soll etwas enthalten, was bisher auf der Welt noch nicht existiere, nämlich eine technische Plansammlung mit Plänen von den verschiedensten Maschinen und Bauteilen. Wenn beispielsweise ein deutscher Ingenieur heute den Auftrag erhalte, eine Wasserkraft zu regulieren, so brauche er nur in die Plan-sammlung zu gehen und er könne die Pläne der Wasserkräfte der ganzen Welt studieren. Daraus sei schon zu ersehen, welche gewaltigen Vorprung der deutsche Techniker dadurch bekommen würde. Allerdings werde der fertige Ausbau des Bibliotheksbaues etwa 7 Millionen M. kosten. Man höre zwar heute immer, daß es so schwer sei, Geld herbeizuschaffen, aber auf der anderen Seite lese man, daß für einen einzigen Film viel mehr ausgegeben wird, als der Bibliotheksbau kosten würde. Erzengel v. Miller erinnerte daran, daß das Deutsche Museum in der Zeit geschaffen worden sei, in der Deutschland am ärmsten war. Deshalb müßte es auch jetzt möglich werden, die notwendigen Mittel für die Ergänzung des Museumsbaues aufzubringen.

Dr. Schofer in Tauberbischofsheim

Der katholische Volksverein hielt am vergangenen Sonntag in Tauberbischofsheim eine Kettlerfeier ab, bei der Prälat Dr. Schofer bewohnte und in längeren Ausführungen die Bedeutung des Bischofs Kettler hervorhob und auch auf Tagesfragen einging. Über die Wahlreform führte der Redner u. a. aus: „Die großen Wahlkreise und die Listenwahl sind ein Übel. Das Volk will sie nicht. Darum haben wir in Baden das Wahlrecht geändert. Wir verlangen, daß es auch im Reich so wird, wir in Baden werden niemand die Stimme geben, der nicht für die Änderung des Wahlrechtes eintritt.“ Auch mit der Schulpflicht beschäftigte sich der Redner und betonte, daß man in Baden die Hand zur Vertiefung geboten habe. Es gebe aber eine Grenze, über die man nicht hinaus könne. Das Zentrum lasse sich nicht festeln weder nach rechts noch nach links. Es solle frei entscheiden nach freier Wahl.

Aus den Parteien

Auf dem ersten Parteitag der Wirtschaftlichen Vereinigung des Bad. Mittelstandes in Karlsruhe wurde in der Vertreterversammlung am Sonntag der geschäftsführende Vorstand gewählt: Präsident von Au, 1. Vorsitzender, Delfer, Pforzheim (2. Vorz.) und Willet, Karlsruhe (3. Vorstand). Reichstagsabgeordneter Dr. Bredt sprach über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, ihre Bedeutung und ihre Entwicklung. Abg. Herrmann, Pforzheim, sprach sodann über die Tätigkeit der badischen Landtagsfraktion. Wegen weiterer Steuern, die den Mittelstand belasten, werde man sich auf schärfste zur Wehr setzen. Die Fraktion trete aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen für die Erhaltung unserer bewährten Einheitsvolkschule ein. Das eifrige Bestreben müsse dahin gehen, daß die Partei auch im Badischen Landtag eine eigene Fraktion bilden könne.

Im Volkshaus in Basel wurde am Sonntag in Anwesenheit von sozialdemokratischen Vertretern aus Baden, den beiden Basler A. nomen und Oberbefehl der Oberrheinische Sozialistenvereinigung begründet. Zum Vorort wurde Basel bestimmt, die leitenden Geschäfte führt Schneider, Basel. Auch badische Sozialdemokraten sind in den erweiterten Ausschuss berufen worden, darunter der Reichstagsabgeordnete Peter Mayer, Freiburg, und Müsch, Lörrach.

Gemeinde-Rundschau

Auch 1. Bürgermeister Ritter, Mannheim, tritt zurück? — Wie die „Neue Mannheimer Zeitung“ meldet, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auch 1. Bürgermeister Ritter, der vor kurzem seinen 65. Geburtstag begehen konnte, gleichzeitig mit Oberbürgermeister Dr. Kuser zurücktritt. Das Blatt bringt diese Rücktrittsabsicht mit dem Scheitern der für 1929 geplanten Ausstellung in Zusammenhang.

Bahnhofbesichtigung Bretten. Am Freitag traf in Bretten eine Kommission zur Besichtigung des Bahnhofes ein. Die aus 15-20 Personen bestehende Kommission stand unter der Leitung des Geheimrates Krätzi, Berlin, und des Reichsbahnpräsidenten Freiherrn von Cdo, Karlsruhe. Sie besichtigte den Bahnhof und fuhr alsdann nach Seidelberg weiter. Obwohl die Herren, die auch hier allein zuständig sind, sich nicht weiter aussprachen, so ist doch, wie das „Brettener Tagblatt“ meint, anzunehmen, daß den Brettenen Wünschen entsprochen wird. Vor ihrer Abfahrt hatte Bürgermeister Schemenau nochmals Gelegenheit, die Wünsche der Gemeinde den Herren vorzutragen.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Schwurgericht. Die schwere Bluttat, die sich am 1. Mai d. J. abends gegen 9 Uhr im Hause Hirschstraße 38 hier, ereignete, fand am Montag zur Aburteilung vor dem Schwurgericht. Angeklagt war der am 31. Oktober 1892 zu Hedersleben (Bezirk Magdeburg) geborene, verheiratete Kaufmann und Althändler Karl Heine, der seinen Schwager, den 32 Jahre alten Althändler Erwin Seyfried erschossen hat. Die Vorgeschichte des Falles beginnt mit der Gewährung eines Darlehens des Heine an Seyfried im Betrag von 1000 M. Die beiden Familien hatten in dem genannten Hause eine gemeinsame Wohnung bezogen. Die Männer konnten sich aber absolut nicht vertragen, woran auch die Absicht, ein gemeinsames Geschäft zu betreiben, scheiterte. Es kam des öftern zu scharfen Wortwechseln und gegenseitigen Drohungen. Im Verlaufe eines solchen Streites am Abend des 19. Mai griff nun Heine zur Pistole und jagte seinem Schwager eine Kugel in den Kopf. Der Angeklagte will in Notwehr gehandelt haben. Durch seine Tat wurden Frau und sechs Kinder des Ernährers beraubt. Die Beweisaufnahme, zu der gegen 25 Zeugen und 3 Sachverständige geladen waren, zog sich mit den Klaidoyers bis in die späten Abendstunden hin. Nach zweifündiger Beratung wurde Karl Heine wegen Totschlags unter Jubilation mildernden Umständen zu 2 1/2 Jahren Gefängnis abzüglich 5 Monate Untersuchungshaft verurteilt.

Badische Lichtspiele (Konzerthaus). Das bekannte Filmwerk „Der heilige Berg“ haben die Bad. Lichtspiele nun zur Vorführung gewonnen. Der Regisseur der Berg- und Sportfilme, Dr. Fand, hat mit diesem Bildwerk eine Meisterleistung geschaffen, das auf hoher künstlerischer Stufe steht. Es kann mit Recht gesagt werden, daß „Der heilige Berg“ einer der besten, schönsten und eindrucksvollsten Alpenfilme ist. Von Alt zu Alt steigert sich die dramatische Handlung, prachtvolle Landschaftsaufnahmen aus dem Engadin und den Dolomiten rollen auf der Leinwand ab. Ganz besonders fesselt die Berg- und Jagd der sportlichen Leistungen. Eine geniale Filmkomposition ist das Präludium und der Trauakt. Hervorragend im Tanz und im Spiel ist die junge Tänzerin Leni Riefenstahl in der Hauptrolle als Dorothea, aber auch ihre Partner überzeugen mit ihren sportlichen Leistungen, die nur zu bewundern sind. Obwohl dieser Film bereits im vorigen Jahre in einem hiesigen Lichtspielhaus gezeigt wurde, ist die Anziehungskraft immer noch stark, denn das Konzerthaus war sehr gut besucht. Für den Zuschauer hinterläßt dieser Film einen tiefen Eindruck, er lohnt den Besuch dieser Veranstaltung. Im Beiprogramm bringt die Oelwachsenschau 42 die neuesten Ereignisse im Bilde. Die Polizeikapelle illustriert das Ganze mit einer schönen Musik.

Badisches Landestheater. Infolge Erkrankung im Personal muß die auf Mittwoch, den 19. Oktober angelegte Vorstellung „Die Kästlerhülle“ abgesetzt werden. An ihre Stelle tritt die fünfte Wiederholung von Aubers komischer Oper „Fra Diavolo“. Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz. Szenische Leitung: Otto Krauß. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern tagsüber noch trockenes und meist wolloses Wetter. Nachts erreichte uns der Aufgleitregen der Barmluftfront, die in Begleitung des norddeutschen Tiefdruckgebietes über das Festland hinwegzog und in Baden härteren Temperaturanstieg bewirkte. Das Tiefdruckgebiet ist inzwischen nach dem Baltikum abgezogen, doch es wird uns seine Rückseite keine erhebliche Abkühlung bringen, da bei Island bereits ein neues Tief nachfolgt, dessen warme Vorderseite heute morgen schon das westliche England überdeckt. Eine zwischen den beiden Tiefdruckgebieten über das Festland hinwegziehende Hochdruckrinne wird bei uns heute voraussichtlich Aufbitterung bewirken. Morgen ist wieder meist wolloses Wetter, strichweise auch Regen zu erwarten. Die gestern bei uns eingetretene anhaltende Bitterung wird wahrscheinlich längere Zeit anhalten. — Voraussichtliche Witterung für 19. Okt.: nach vorübergehender Aufbitterung wieder meist wollos und strichweise leichter Regen. Temperaturen wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 17. Okt. Oberregierungsrat Karl Bender 7. Am gestrigen Sonntag abend verschied im Alter von 66 Jahren Oberregierungsrat Karl Bender, der frühere Vorstand des Hauptzollamtes Mannheim. Nach 25jähriger hiesiger Tätigkeit trat er infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand.

hd. Mannheim, 18. Okt. Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Ludwig Schuon, der 13 Jahre dem Vorstand der N. G. Farbenindustrie angehörte, hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Geh. Kommerzienrat Schuon war insgesamt 31 Jahre bei den Werken.

Weinheim, 17. Okt. Auf der Wachenburg bei Weinheim fand gestern das Richtfest für den letzten Bauabschnitt statt, durch den die Studentenburg als ein architektonisch in sich abgeschlossenes Ganzes ausgestaltet wird. Zugleich wird bei der Burg ein Ehrenmal für die im Weltkriege gefallenen 500 Corpsstudenten des WSC errichtet. Das Ehrenmal soll bei der Jubiläumstagung des WSC zu Pfingsten 1928 eingeweiht werden.

Freiburg, 17. Okt. Im Alter von 69 Jahren starb hier Geheimrat Regierungsrat Otto von Senger, der durch seine langjährige Tätigkeit als Amtmann und Amtsvorstand in vielen badischen Städten weit über seine Freiburger Heimat hinaus bekannt und geachtet war. Er war Amtmann in Pforzheim und Waldshut und später Amtsvorstand in Weinheim und schließlich in Offenburg.

D3. Freiburg i. Br., 18. Okt. Das an der Oststraße, gegenüber dem Botanischen Garten im Norden der Stadt gelegene neue katholische Studienhaus der Genossenschaft der Herz-Jesu-Priester wird heute durch einen Weiheakt seiner Bestimmung übergeben. Im Oktober des Jahres 1925 wurde mit dem Bau begonnen. Infolge der Zeitverhältnisse ist von dem großen, in Aussicht genommenen Bau, bisher etwa der dritte Teil fertiggestellt worden. Der ganze Bau zeigt den Charakter süddeutscher Klosterbauten des 18. Jahrhunderts.

D3. Sinsingen (Amt Donaueschingen), 17. Okt. Die wurde ein Fall spinaler Kinderlähmung festgestellt. Es handelt sich um einen 5jährigen Knaben. Die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen sind getroffen.

D3. Haslach i. A., 17. Okt. Die Deutschen Edelstahlwerke A.-G., die in der deutschen Automobilindustrie eine beachtenswerte Stellung sich errungen haben, hatten am Samstag zur Feier der Begründung der früheren Feihschwerer zu einer Werkfeier eingeladen. Aus kleinste Anfängen heraus, aus einer kleinen Schmiedewerkstatt entwickelten sich seit 120 Jahren die Feihschwerer, um dann in die Deutschen Edelstahlwerke umgewandelt zu werden, die zur Zeit über 200 Arbeiter beschäftigen. Bürgermeister Seitz überbrachte die Glückwünsche der Stadtgemeinde Haslach.

Singen a. S., 17. Okt. Dieser Tage sind es 180 Jahre, daß der Grundstoß zur berühmten Brauerei J. Bilger & Söhne in Gottmadingen gelegt wurde. Die erste Aufzeichnung darüber findet sich in einer Urkunde. „Die Gerechtigkeit der Grundbesitzer Heilberg in dem Dorfe Gottmadingen.“ Aus Anlaß des Gedenktages hat die Bilgerbrauerei eine schön bebilderte Festschrift herausgegeben.

Verschiedenes

Die Langstreckenflüge

Das deutsche Verkehrsflugzeug D 1220 ist von Vigo (Nordspanien) kommend, heute Dienstag morgen um 9 Uhr in Lissabon eingetroffen.

Die amerikanische Fliegerin Gradson, die von Amerika mit einem Sikorski-Flugzeug nach Kopenhagen fliegen will, ist am Montag in Old Orchard gestartet, jedoch wieder umgekehrt, da es ihr nicht gelang, die erforderliche Flughöhe zu gewinnen.

Der französische Indienflug. Der französische Fliegerhauptmann Charles ist in Fortsetzung seines Fluges nach Bangkok am Montag um 16 Uhr östlicher Zeit in Allahabad gelandet. Er hat die 1560 Kilometer lange Strecke Karachi—Allahabad in 8½ Stunden zurückgelegt.

Eine vorgeläufte Kanaldurchschwimmung

Die englische Kanalschwimmerin Dr. Dorothy Logan hat mitgeteilt, daß es sich bei der angeblichen Kanaldurchquerung vom 10. zum 11. Oktober um eine Täuschung gehandelt habe. Es sollte gezeigt werden, wie verhältnismäßig unkontrolliert die Kanalschwimmerei vorgenommen wird. Miss Logan hatte schon vorher die Absicht, eine Rekordleistung vorzutäuschen und nach einem Monat die Öffentlichkeit über die Täuschung aufzuklären, um auf diese Weise eine schärfere offizielle Kontrolle für die Kanalschwimmer herbeizuführen. Miss Logan hat aber bei der Überfülle von Ehrungen aller Art die beabsichtigte Schweigezeit nicht einhalten können. Sie

gestand, daß sie bald nach dem Start bei Kap Gris Nez sich neun Stunden lang in das Begleitboot geflüchtete habe und nur die letzten drei Meilen bis zur Küste von Folkestone geschwommen sei. Unter anderen bis zur Rückkehrlichkeit gehen den ehrenbaren Kundgebungen hatten die Vereinigten Staaten ihr die amerikanische Staatsangehörigkeit verliehen. Der natürliche Drang der Öffentlichkeit, solche sportliche Leistungen spontan zu ehren, dürfte künftig von einem gewissen Mißtrauen begleitet sein.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	18. Okt.		17. Okt.	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168,17	168,51	168,34	168,68
Kopenhagen 100 Kr.	112,10	112,32	112,17	112,39
Italien . . . 100 L.	22,86	22,90	22,87	22,91
London . . . 1 Pf.	20,363	20,403	20,378	20,418
New York . . . 1 D.	4,1820	4,1900	4,1840	4,1920
Paris . . . 100 Fr.	16,41	16,45	16,425	16,465
Schweiz . . . 100 Fr.	80,645	80,805	80,69	80,85
Wien 100 Schilling	59,015	59,135	59,03	59,015
Brag. . . 100 Kr.	12,393	12,413	12,40	12,42

Die Handelskammer Schopfheim beschäftigt sich mit der jetzigen Wirtschaftslage und ihrer voraussichtlichen Entwicklung und im Anschluß daran mit den Wirtschaftsbetrieben im Bezirk der Handelskammer Schopfheim. Allgemein kam die Auffassung zum Ausdruck, daß ein Rückgang der guten Beschäftigung der Betriebe für die nächste Zeit nicht zu erwarten ist. Voraussetzung aber dafür ist, daß keine erneute Preiserhöhungen eintreffen. Auch wird die Regierung um Herabsetzung der Steuerbelastung angefragt.

Der Verband deutscher Naturweinverfeinerer hielt in Baden-Baden eine Sitzung des Verbandsausschusses ab, an der die Vertreter der angeschlossenen Vereine aus der Rhein-

pfalz, dem Rheingau, der Mosel, Saar und Ruwer, aus Baden, aus Hessen und von der Nahe teilnahmen. Der Geschäftsbericht für das laufende Geschäftsjahr erwähnte besonders die Bestrebungen auf Einführung einer Normalweinflasche, bei denen ein befriedigendes Ergebnis bald zu hoffen ist; die Bestrebungen auf Abänderung des § 5 des Weingesetzes, die Frage der Prohibition der Weinkommisionäre; die Frage der Flaschenweibersteigerungen; die Aufnahme des Verbandes in Vorstand und Gesamtausschuß des Deutschen Weinbauverbandes. Dem Verband gehörten aus den angeführten Weinbaugebieten bei Abschluß des Geschäftsjahres 185 Qualitätsweingüter und 25 Weingerossenschaften und Weingerbetriebe mit einem Weinbergbesitz von insgesamt 3718 Hektar an.

Staatsanzeiger

Dem katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder in Baden-Baden wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geld-Lotterie erteilt.
Karlsruhe, den 12. Oktober 1927.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Gendarmerieoberwachmeister Gaspar Riffel in Krautheim,
Gendarmeriewachmeister Johannes Wedel in Baden.
Ministerium des Kultus und Unterrichts
Zurückgesetzt:
Kanzleisekretär Ignaz Spitznagel an der Universität Freiburg.

Statt besonderer Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß mein lieber Mann und guter Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Karl Friedrich Bender

Oberregierungsrat a. D.

uns heute unerwartet durch den Tod entrissen wurde.

In tiefer Trauer:

Frau Ottilie Bender geb. König
Margarete Bender
Elsa Bender
Friedrich Bender

Mannheim, den 16. Oktober 1927.
Wespstraße 6

Die Beisetzungsfeier findet am Mittwoch, dem 19. Oktober, nachmittags 2 Uhr statt. G. 783



Ludwig
Schweigut
Karlsruhe i. B.
Erlangenstraße 4
beim Rondellplatz
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Heiraten

vermittelt in die besten Kreise G. 714

Reell Diskret

Frau H. Erzinger,
Karlsruhe,
Zähringerstr. 27 III. St.

Familien-Anzeigen

der Badischen Beamtenschaft finden in der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
die weiteste Verbreitung

Handelshochschulkurse Karlsruhe und Beamtenshochschulkurse

Winter-Semester 1927/28.

- 1. Deutsches Bürgerliches Recht I.**
Allgemeine Lehren.
Senatspräsident Dr. Levis.
Donnerstag, 8 Uhr. Beginn: 27. Oktober.
- 2. Besprechungen über Bürgerliches Recht.**
Senatspräsident Dr. Levis.
Dienstag, 8 Uhr. Beginn: 8. November.
- 3. Verfassungs- u. Verwaltungskunde.**
(Deutsches öffentliches Recht I).
Präsident z. D. Flad.
Mittwoch, 8 Uhr. Beginn: 26. Oktober.
- 4. Allgemeine Nationalökonomie.**
Professor Dr. Brauer.
Montag, 8 Uhr. Beginn: 24. Oktober.
- 5. Die Finanzen des modernen Staates.**
Dr. Bergsträßer, (Universität Heidelberg).
Dienstag, 8 Uhr. Beginn: 10. Januar.
- 6. Der Staat in geschichtlicher Entwicklung.**
Professor Dr. Schnabel.
Freitag, 8 Uhr. Beginn: 28. Oktober.

Besuchs-Gebühr:

kaufmännische Angestellte und Beamte für einen Kurs: 4 RM
andere Hörer 20 RM

Anmeldungen bei A. Bielefelds Hofbuchhandl., E. Kundt, Müller und Gräff, J. Lincks Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lätzrath, Buchhandlung zur Hauptpost und Geschäftsstelle des Beamtensbundes, Nowackanl. 19, Karlsruhe, Oktober 1927.

Das Kuratorium.

G. 782

Die Max Schellberg & Co. Aktiengesellschaft in Karlsruhe hat im Januar 1922 durch die Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe in Karlsruhe 2000 Stück hypothetisch gesicherte Prozente Teilschuldverschreibungen zu je 1000 M gegen eine Anleihe von 2 Millionen RM ausgegeben.

Sie beabsichtigt, unter Verzicht auf den vorgesehenen Tilgungsplan die Teilschuldverschreibungen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten am 1. März 1928 heimzugahlen. Demgemäß hat sie am 3. Oktober 1927 die unterzeichnete Spruchstelle angerufen mit dem Antrage:

- die Darablösung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten auf 1. März 1928 zu gestatten,
- als Tag, der der Berechnung des Barwerts zugrunde zu legen ist, den 1. Januar 1922 zu bestimmen,
- als Ablösungsbetrag auf den 1. März 1928 unter Zinzurechnung der bis dahin aufgelaufenen Zinsen für je 1000 M nominal den Betrag von 3,95 M festzusetzen.

Als Ausgabebetrag der Teilschuldverschreibungen hat die Schuldnerin den 31. Dezember 1921 festgesetzt und vorschrittsmäßig bekannt gemacht, ohne daß hier gegen die Spruchstelle zwecks arbeitsweiser Befreiung angerufen worden ist. G. 755.

Einige Einwendungen gegen den Antrag der Schuldnerin vom 3. Oktober 1927 sind bis spätestens 31. Oktober 1927 bei der unterzeichneten Spruchstelle schriftlich einzureichen und zu begründen.
Karlsruhe, den 15. Oktober 1927.
Badisches Oberlandesgericht — Spruchstelle.

Geflügelcholera im Stadtgarten.
Gemäß § 290 der Ausführungsbestimmungen zum Viehschutzgesetz wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter den neu angelieferten Schwänen im hiesigen Stadtgarten in 2 Fällen Geflügelcholera festgestellt worden ist.
Karlsruhe, den 15. Oktober 1927. O. 3.124.
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Bühl. G. 754.
Über das Vermögen des Johann Bad, Kaufmann in Kappelwindel, Inhaber der Firma Johann Bad, Weinstellerei vorm. Friedrich Rimpfer in Kappelwindel, wurde heute am 15. Oktober 1927, vorm. 11½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner wegen Zahlungsunfähigkeit seine Zahlungen eingestellt hat. Der Herr Rechtsanwalt Schaubert in Bühl i. B. ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 12. November 1927 bei dem Gericht anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gericht zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des einen anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeraus-

Leipheimer & Mende

Spezial-Tuchhaus

Größter Verbrauch
Größte Leistungsfähigkeit
deshalb

größte

Preiswürdigkeit

Herren-Stoffe

G. 781

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Öffentliche Sparkasse Hardheim.

Darstellung des Vermögens und der Schulden auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Kapitalien:		1. Kapitalschulden:	
a) Darlehen gegen Hypothek	110 738,—	a) Guthaben der Einleger:	
b) Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches, der Länder und Gemeinden	10 700,—	aa) Spareinlagen	183 510,79
c) Schuldverschreibungen in laufender Rechnung	29 483,45	bb) Giro- und Scheckeinlagen	59 920,29
2. Einnahmerückstände	94 670,04	b) Aufwertungsstock	14 449,31
3. Kassenvorrat	1 959,18	2. Ausgaberrückstände	90,18
4. Gerätschaften	10 730,41	3. Kleinvermögen	738,01
	427,50		
	258 708,58		258 708,58

Hardheim, den 10. Oktober 1927.

Der Geschäftsleiter:
Burfard.

schusses und eintretendenfalls über die in § 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Samstag, den 12. November 1927, vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Samstag, den 26. November 1927, vormittags 10 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse

schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. November 1927 Anzeige zu machen.
Bühl, 15. 10. 1927.
Badisches Amtsgericht II.

Güterrechtsregister.

Überlingen. G. 753.
Güterrechtsregister Bd. II Seite 108: Summier, Otto, Metzgermeister in Markdorf, und Sofie geb. Roth, Vertrag vom 28. September 1927. Unter Aufhebung der bisher bestandenen Erbschaftsgemeinschaft die Gütertrennung.

Überlingen, 14. 10. 27.
Amtsgericht Überlingen.